Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 4

Artikel: SPD und DGB streiten sich über Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich : der Krach in der Familie
Autor: Vater, Klaus / Hülsmeier, Christian
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340601

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zwar beklagen alle die übermässige Belastung der Umwelt, doch kaum einer tut wirklich alles, was er tun kann, um die Umwelt zu entlasten. Viele sind es ja nicht, die auf den Komfort des eigenen Autos verzichten wollen. Keiner kommt ohne chemische Stoffe aus. «Es ist nicht möglich, die Gesellschaft in Täter und Opfer zu trennen.»

Für die Bewältigung der Umweltprobleme sieht Lafontaine ausschliesslich ein gemeinsames gesellschaftliches Handeln auf der Grundlage einer verallgemeinerten Verantwortlichkeit. Er kommt zum Schluss, dass, wer die vom technologischen Fortschritt aufgeworfenen Probleme lösen will, mehr Demokratie wagen müsse. Das heisst: «Jeder muss mehr Verantwortung übernehmen. In der Praxis heisst das, die Verantwortung muss demokratisiert werden, indem in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Trennung von Entscheidungs- und Verantwortungsebene aufzuheben ist.»

Im Klartext kann man aus diesen Gedanken folgern: Mitentscheidung aller Betroffenen beispielsweise an den Produktionsentscheidungen der Unternehmungen. *Die Beteiligten sind auch die Betroffenen,* meint der ketzerische Ministerpräsident des krisengeschüttelten Saarlandes: «Das gilt für Wissenschaftler und Ingenieure und gilt gleichermassen für alle anderen, für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer, für Staatsbürger wie für ihre gewählten Repräsentanten. Die Gewerkschafter sind für das Wohl und Wehe der Wirtschaft nicht weniger verantwortlich wie die Arbeitgeber, die Grünen für das Industriesystem nicht weniger wie die ‹Altparteien›. Wir alle sind Beteiligte und Betroffene zugleich. Wir müssen die Beteiligung stärken, damit die Betroffenheit schwächer wird.»

SPD und DGB streiten sich über Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich

Der Krach in der Familie

Von Klaus Vater und Christian Hülsmeier

Penibel liess sich Heiner Geissler berichten, welcher Spitzensozialdemokrat gerade über welchen führenden Gewerkschafter – und umgekehrt – hergefallen war. Der Streit über Löhne und Prozente, über den Abbau der Massenarbeitslosigkeit und Einkommenseinbussen war für den CDU-Generalsekretär ein Geschenk des Himmels: Lenkte er doch prächtig vom schlechten Zustand der Koalition ab.

Mit Staunen beobachteten die Christdemokraten im Konrad-Adenauer-Haus, wie ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine «gehörig auf die Finger klopfen» wollte. Der sei nämlich der ÖTV «mitten in der Tarifbewegung in den Rücken» gefallen.

Der so Gescholtene antwortete, die Gewerkschaften trügen Mitverantwortung «für die Höhe der Arbeitslosigkeit» – neue Töne und neue Umgangsformen zwischen Bruder DGB und Schwester SPD.

Merkwürdig: Lafontaine, Klaus von Dohnanyi und Gerhard Schröder auf der einen, Wulf-Mathies und Hermann Rappe, Franz Steinkühler sowie Ernst Haar auf der anderen Seite gerieten sich über etwas in die Haare, das sie bis dato zusammengeführt hatte. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit war – so schien es wenigstens – einigendes Band zwischen Partei und Gewerkschaften, ein alles überragendes Thema, das Meinungsverschiedenheiten beiseitegeschoben hatte.

Und kaum war der Hauskrach zwischen SPD und Gewerkschaften so richtig entbrannt, wurde eine weitere Kontroverse eröffnet: SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose, so berichtete die «Welt» süffisant, verstehe Lafontaines Thesen als Fühlungsnahme in Richtung FDP. Wie Schlachtrosse, die den Trompetenstoss hören, reagierten darauf die SPD-Arbeitnehmer. Deren Chef Rudolf Dressler konterte: «Für ein solches Bündnis wird es keine Chance geben, weil die SPD damit ihre Stammwähler vernachlässigt – bei anderen Parteien aber nichts holt.»

Unbeirrt verfocht derweil der saarländische Ministerpräsident Lafontaine weiter seine Meinung in Sachen Lohnverzicht: Auch innerhalb der Einkommenshierarchien müsse umverteilt werden; die Gutverdienenden hätten zugunsten der Arbeitslosen Einkommenseinbussen hinzunehmen – eine Haltung, die nahelegt, dass der studierte und diplomierte Physiker den Konflikt mit den Gewerkschaften wollte, lange vorbereitet hat und nun auch durchstehen will.

Der stellvertretende Vorsitzende der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Detlef Hensche, entdeckte, was niemanden überraschte: Nähe zur Union und zu den Arbeitgebern.
Zunächst einmal, meinte Hensche, steckte der Unternehmer ein solches «Geschenk» an Einkommenseinbussen in die eigene Tasche. Ob und wie er das dann an Arbeitslose weitergebe, das gehöre zu den «Glaubenssätzen», die in Wirklichkeit noch nie nachgewiesen wurden», erklärte der Tarifexperte der Drucker.
Metaller wiederum erinnerten daran, dass 1984 die 38,5-Stunden-Woche erst nach einem achtwöchigen Streik durchgesetzt werden konnte. Hätte die Gewerkschaft sich damals von Lafontaineschen Vorstellungen leiten lassen und auf die Forderung nach vollem Lohnausgleich verzichtet, wären nie die erforderlichen achtzig Prozent bei der Urabstimmung über einen Arbeitskampf zusammengekommen. Lafontaines Überlegungen, so heisst es, seien naiv.
Richtig ist jedenfalls, dass mit dem Begriff «voller Lohnausgleich» ein Verwirrspiel getrieben wird. Den Gewerkschaften geht es darum, den sich bietenden Verteilungsspielraum auszuschöpfen. Das ist möglich durch

- Lohn- und Gehaltserhöhungen
- oder durch Verkürzung der Arbeitszeit
- oder durch eine Kombination aus beiden Elementen.

Praktisch wurde eine Arbeitszeitverkürzung immer auf den Spielraum, der sich bot, angerechnet. Geringere Arbeitszeit per Tarifvertrag bedeutet: Für Lohn- und Gehaltssteigerungen bleibt weniger übrig.
Die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen spricht folglich in einem Initiativantrag zur Arbeitszeitverkürzung von der «Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommenseinbussen» – eine Formulierung, die den Kern trifft.
Stärkere Kopfschmerzen bereitet den Gewerkschaften aber der Verdacht, der stellvertretende SPD-Vorsitzende wolle die Erwerbsarbeit und die damit verbundene Frage der Verteilungsgerechtigkeit aus dem Zentrum sozialdemokratischer Politik verdrängen. Der «Freizeit-Mensch» werde offenbar von Lafontaine als wichtigster Ansatzpunkt für die Zukunft gewertet; die SPD, schimpfen schon Gewerkschaftsvertreter, entwickle sich zur «ökolibertären Partei des Überbaus».
Die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Müller und Horst Peter warnen zwar vor einem «verengten Arbeitsbegriff». Aber ebenso untauglich sei es, so erklären sie, den Arbeitsbegriff nur «umzuinterpretieren». Damit lasse sich Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen. Arbeit sei nach alter «sozialdemokratischer Tradition als gesellschaftliche Organisationsform» zu verstehen und damit offen für andere Lebensweisen und neue Wege zur Individualität.
Ganz im Gegensatz zu ihrem Partei-Vize kommen die beiden linken Parlamentarier zu dem Schluss, dass die Gewerkschaften die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht hintertrieben, sondern vielmehr «beträchtliche Vorleistungen» erbracht haben. Die Arbeitnehmer, so Müller und Peter, hätten während der vergangenen acht Jahre Lohneinbussen und Lohnstillstand verkraften müssen. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei ein «Solidarbeitrag» gewesen, um neue Jobs zu ermöglichen – 260 000 insgesamt, wie Hermann Rappe errechnet hat.
Für den IG-Chemie-Vorsitzenden bleibt der «zentrale Punkt» bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die «Verteilung der Staatseinnahmen». Statt mit Steursenkungen für Reiche die öffentlichen Kassen zu plündern, müsse die Politik mit staatlichen Finanzmitteln Arbeitsplätze schaffen – zum Beispiel im öffentlichen Dienst.
Lafontaine nützt es in den Augen von Gewerkschaftern auch wenig, dass er seine Vorschläge konkretisiert. Wer mehr als 5000 Mark im Monat verdiene, könne durchaus auf den vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung verzichten, wenn mit dem eingesparten Geld neue Arbeitsplätze finanziert würden, meint der stellvertretende SPD-Vorsitzende. Eine Position, die auch das SPD-Präsidium für akzeptabel hielt.
Doch die Gewerkschaften halten an ihrer Kritik fest. Denn auch auf diese Weise werde das Prinzip aufgegeben, die Arbeitszeit ohne Einkommenseinbusse zu verkürzen.
Der Streit um Löhne und Prozente wird gleichwohl nur plausibel vor dem Hintergrund dessen, was sonst noch seit längerem an Konfliktstoff zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften schwelt: Es hat sich nämlich ein schwer zu fassendes Gemenge aus gegenseitigen, meist nur halblaut vorgebrachten Vorwürfen, aus Enttäuschungen und Zänkereien gebildet, das die Atmosphäre vergiftet.
An Weihnachtsfeiern fühlt sich ein namhafter IG-Metall-Vertreter erinnert, wenn er über das Verhältnis seiner Partei, der SPD, zur Gewerkschaft nachdenkt. Jedes Jahr komme man unter dem Tannenbaum zusammen, um sich zu erzählen, was so los war. Das sei es aber auch schon.
Ein kenntnisreicher Sozialdemokrat klagt dagegen über den DGB, der biedere sich bei der Bundesregierung an. Wären die Sozis in Bonn am Ruder, würden die Gewerkschaften

mit denen heute ganz anders umspringen.
Beide Beispiele können bedeuten: Die Geschwister SPD und DGB haben sich nicht mehr viel zu sagen – familiäre Sentimentalität und der Krach wären lediglich verschiedene Seiten derselben Medaille.
Mal ärgern sich zum Beispiel Gewerkschaftsrepräsentanten darüber, dass sie sich auf Veranstaltungen der SPD zu Zukunftsthemen mit einem Platz in der zweiten Reihe begnügen müssen. Dann wiederum verdriesst Genossen, dass DGB-Gewerkschafter mit Auszug drohen, weil ein Vertreter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) ein Grusswort sprechen darf.
Sozialdemokraten stösst sauer auf, dass der Gewerkschaftsbund an den Vorschlägen der Bonner Koalition zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen noch Bedenkenswertes finden. Die Sozialdemokraten operieren längst auf der Linie: Da werden doch nur die Kassenmitglieder «abkassiert».
Unverziehen ist offenbar der SPD, dass sie beim langandauernden Skandal um die Neue Heimat nicht im Schritt mit dem DGB marschierte. Die Dachorganisation geizte noch mit Selbstkritik, als Sozialdemokraten den Gewerkschaftsbund selber hart annahmen.
Freilich: Im Selbstverständnis manches Gewerkschafters zeigt die SPD Konditionsmängel. Ob der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit noch Thema Nummer eins sei, fragen giftig Betriebsräte wie Funktionäre. Dieselbe skeptische Frage stellen sich Sozialdemokraten, wenn sie intern über die Gewerkschaftspolitik diskutieren.
Nicht zu verbergen war, dass die SPD-Bundestagsfraktion bei den Vorschlägen zur Lösung der Stahlkrise mit unterschiedlichen Zungenschlägen aufwartete: Mal war die Vergesellschaftung Programmpunkt, mal wurde diese Position von IG-Metallern pikiert vermisst.
Gewerkschaftsvertreter mokieren sich über bürokratische Strukturen in der SPD. Sozialdemokraten merken säuerlich an, einige Gewerkschaften seien erst dann zufrieden, wenn die Wünsche ihrer Zentrale bis aufs Komma beherzigt worden seien. Die Liste der Ärgernisse liesse sich fortsetzen.
Es rächt sich heute, dass die Sozialdemokraten nicht ausreichend analysierten, wie sehr die Arbeitnehmerorganisationen auf eine «umfassende Politisierung der Gewerkschaftsarbeit» (Franz Steinkühler) drängen.
Nachdrücklich hat unlängst der Vorsitzende der Postgewerkschaft, Kurt van Haaren, davor gewarnt, das Verhalten der Arbeitnehmervertretungen als «pure Abwehrschlacht» und als «letztes Aufbäumen überkommender dinosaurierartiger Grossorganisationen» zu deuten.
Van Haaren nannte das Festhalten an gewerkschaftlichen Grundpositionen einen Versuch, «Weichenstellungen für die Zukunft zu beeinflussen». Und dazu zählte der Postgewerkschafter nicht zuletzt auch «Einwirken auf Parteien, Parlamente und Regierungen». Hier müsse wieder ein «politisches Hauptaktionsfeld der Einheitsgewerkschaft» liegen.
Nur unter grossen Mühen haben es andererseits die Sozialdemokraten gelernt, die Zeit der sozialliberalen Ära innerlich zu verarbeiten. Nun aber müssen die Genossinnen und Genossen erleben, dass für den DGB und seine Einzelorganisationen der politische Gegner in Bonn die erste Adresse ist und nicht mehr die alte Sozialdemokratie neben den Gewerkschaften Erbe der Arbeiterbewegung.
Es hapert also am jeweiligen Rollenverständnis sowie am Dialog über Ziele und Mittel der beiden grossen Organisationen.
Das SPD-Präsidium hat in seiner Erklärung die Wogen zu glätten versucht: Sowohl Lafontaine als auch seine Widersacher fanden sich in dem Papier wieder. Sogar die konservative «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vermochte einen «Brückenschlag» zu den Gewerkschaften zu erkennen.
«Dumm, dreist und töricht», hatte Bundeskanzler Kohl 1984 die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche durch die IG Metall genannt – Lafontaines Vorstellungen bezeichnete der unbestritten mächtigste Gewerkschaftsvorsitzende Steinkühler jetzt lediglich als «töricht».
Das lässt hoffen.

Radikal umverteilen

Von Oskar Lafontaine

Machen wir uns doch nichts vor: Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich gehören längst zur hässlichen Wirklichkeit. Seit Jahr und Tag werden Menschen auf die denkbar radikalste Weise ohne jeden Lohnausgleich auf die Arbeitszeit Null gesetzt – und dies gleich zweieinhalbmillionenfach. Marie Jahoda hat einmal geschrieben: Arbeitslose brauchen nicht Sozialtherapie, Arbeitslose brauchen Arbeit. Des-